

## Milliardäre werden 2,5 Milliarden Dollar reicher - pro Tag

*Der Abstand zwischen Arm und Reich wächst, kritisiert die Hilfsorganisation Oxfam - und fordert höhere Steuern für die Reichen. Auch die Wirtschaftselite in Davos will nach Antworten suchen. (spiegel online vom 21.01.2019).*

Die Kluft zwischen Armen und Reichen in der Welt ist Oxfam zufolge im vergangenen Jahr gefährlich größer geworden. Die **Vermögen der Milliardäre stiegen um zwölf Prozent**, wie die Hilfsorganisation vor dem beginnenden Weltwirtschaftsforum in Davos kritisierte. Dagegen habe es bei der **ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung einen Rückgang um elf Prozent gegeben**. Die Autoren führten dies insbesondere auf eine aus ihrer Sicht ungerechte Besteuerung zurück.

Das **Vermögen der Milliardäre** stieg laut dem Ungleichheitsbericht um durchschnittlich **2,5 Milliarden Dollar pro Tag**. Die statistisch gesehen ärmere Hälfte verlor 500 Millionen Dollar je Tag. Auch in Deutschland habe sich die Lage nicht verbessert - **nötig seien ein höherer Mindestlohn sowie eine stärkere Belastung von Vermögenden, Konzernen, Erbschaften und hohen Einkommen**.

Das **Weltwirtschaftsforum (WEF)** will sich bei seiner am Dienstag beginnenden Tagung mit der **"Architektur für das Zeitalter der vierten industriellen Revolution"** befassen. Dabei geht es, so WEF-Gründer Klaus Schwab im SPIEGEL-Interview, auch darum, "einen besseren Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Offenheit und dem sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft" zu finden. "Ohne sozialen Zusammenhalt ist Demokratie nicht lebensfähig."

### **"Nährboden für Nationalismus"**

Oxfam zufolge haben die Wirtschaftsführer dabei viel zu tun. Die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation warnte etwa, die Schere zwischen Arm und Reich verstärke die Spaltung in der Gesellschaft. "Das Problem der wachsenden sozialen Ungleichheit ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit", sagte Jörn Kalinski, Leiter Entwicklungspolitik von Oxfam Deutschland. Sie biete einen Nährboden für gefährliche Entwicklungen wie **Rechtspopulismus und aggressiven Nationalismus**.

Besonders Frauen und Mädchen sind laut dem Bericht von sozialer Ungleichheit bedroht. So **besäßen Männer im globalen Durchschnitt 50 Prozent mehr Vermögen als Frauen**. Zudem

hätten Frauen wegen unbezahlter Arbeit wie Pflege oder Kindererziehung oft weniger Zeit, sich politisch zu betätigen - dies verstärkte ihre Benachteiligung und zementierte ein Wirtschaftssystem, das von Männern für Männer gemacht sei.

Knapp eine Woche vor Beginn seiner Jahrestagung veröffentlichte auch das WEF selbst seinen jährlichen Risikobericht - und zeichnete darin ein verheerendes Bild vom Zustand der Erde. In der Studie heißt es unter anderem: "Globale Risiken nehmen zu. Gleichzeitig schwächt sich der kollektive Wille, sie zu bekämpfen, deutlich, und die Spaltung nimmt zu."

Oxfam-Chefin Winnie Byanyima forderte die Staatengemeinschaft nun zu höheren Investitionen in Bildung auf. Sie sagte: "Die Größe des Bankkontos sollte nicht diktieren, wie viele Jahre Kinder in der Schule bleiben oder wie lange wir leben." Nötig sind laut dem Oxfam-Bericht "Public Good or Private Wealth" (Gemeinwohl oder privater Reichtum) zudem höhere Investitionen in die öffentliche Gesundheitsversorgung sowie eine stärkere und effektivere Besteuerung von Konzernen und Vermögenden. Es sei dringend Zeit zu handeln, so Ellen Ehmke, Oxfam-Deutschland-Referentin für soziale Ungleichheit. "Jeder Tag, den wir verlieren, verschärft das Ungleichheitssystem."

### **3,4 Milliarden Menschen in Armut**

Der Münchner Ökonom Andreas Peichl kritisierte unterdessen in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", er könne die Oxfam-Zahlen zur Verarmung nicht nachvollziehen. Der Leiter des Ifo-Zentrums für Makroökonomik sagte demnach, dass die Vermögen der unteren Hälfte der Weltbevölkerung zurückgegangen sein sollten, "entspricht nicht der makroökonomischen Realität". Die Wirtschaft weltweit wachse, und die Armut nehme insgesamt deutlich ab.

Auch laut Oxfam ist die Entwicklung positiv: Die Zahl der Menschen in extremer Armut habe sich zwischen 1990 und 2010 halbiert und nehme weiter ab. Weltweit lebten noch immer 736 Millionen Menschen von maximal 1,90 US-Dollar je Tag. Ehmke wies aber darauf hin, dass fast die Hälfte der Weltbevölkerung - etwa 3,4 Milliarden Menschen oder 46 Prozent - von maximal 5,50 Dollar pro Tag lebe.

Hierzulande **steigerten die Milliardäre ihr Vermögen im vergangenen Jahr um 20 Prozent**, wie aus dem Bericht hervorgeht. **Insgesamt verfüge das reichste Prozent der Bevölkerung über ebenso viel Vermögen wie die 87 ärmeren Prozent.** **Damit zähle Deutschland zu den Industrienationen mit der größten Vermögensungleichheit.** **Mit 15,8 Prozent liege die**

Armutquote auf dem höchsten Stand seit 1996, jedes fünfte Kind sei von Armut betroffen. Frauen verdienen im Durchschnitt 21,5 Prozent weniger als Männer; schlechter sei die Lage in der EU nur in Estland und Tschechien.

Zur WEF-Jahrestagung in den Schweizer Alpen werden vom 22. bis 25. Januar Tausende Teilnehmer erwartet, darunter auch Dutzende Staats- und Regierungschefs wie Angela Merkel und ihr japanischer Kollege Shinzo Abe. Besonders erwartet wird auch der Auftritt des neuen und populistischen Präsidenten Brasiliens, Jair Bolsonaro. Auch Hunderte Vorstandsvorsitzende globaler Konzerne wollen kommen. US-Präsident Donald Trump indes hat wie die gesamte staatliche Delegation aus Washington seine Teilnahme wegen des Haushaltstreits abgesagt.

### **NGO: Mindestlohn in Ballungszentren zu niedrig**

Zur Bekämpfung der Ungleichheit in Deutschland forderte Oxfam eine Erhöhung des Mindestlohns. "Der Mindestlohn ist zu niedrig, gerade in Ballungszentren", sagte Referentin Ehmke. So ließen sich etwa die stark steigenden Mieten mit dem derzeitigen Satz von 9,19 Euro pro Stunde nicht mehr bezahlen.

Es gebe allerdings auch Fortschritte, sagte Oxfam-Steuerexperte Tobias Hauschild und verwies auf Pläne der EU zur Besteuerung von Großkonzernen oder die Aufhebung des Bankgeheimnisses in der Schweiz. Kalinski betonte, einige Entwicklungen - etwa die Amtsführung von US-Präsident Donald Trump, der Brexit oder der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien - hätten zudem in Politik und Wirtschaft zum Nachdenken geführt. Nötig sei nun aber eine konsequente Sozialpolitik.

*Oxfam nutzt als Grundlage Daten der Schweizer Großbank Credit Suisse sowie Vermögensschätzungen des US-Magazins "Forbes". Die Organisation weist darauf hin, dass ihre Werte nicht zwingend vergleichbar sind mit den Ergebnissen der Vorjahre, da es minimale Änderungen an der Methodik geben könnte.*